Abwägung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Im Rahmen der Möglichkeit zur Einsichtnahme der Unterlagen vom 25.10.2022 bis zum 08.11.2022 und dem hieran anschließenden Erörterungstermin am 08.11.2022 wurden gem. § 3 Abs. 1 BauGB im Zeitraum 25.10.2022 bis zum 08.11.2022 keine Stellungnahme zu der beabsichtigten Planung abgegeben.

Mit Schreiben vom 18.10.2022 hat die Gemeinde Geeste die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB von der obigen Planung unterrichtet und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht:

lfd. Nr.	Behörde / sonstiger Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom
4	Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Emden	27.10.2022
5	Handwerks Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim	21.11.2022
10	EWE NETZ GmbH	16.11.2022
12	Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) Weser Ems	24.10.2022
14	Stadt Meppen	22.11.2022
16	Gemeinde Twist	07.11.2022
19	Niedersächsische Landesforsten – Forstamt Ankum	24.10.2022
22	PLEdoc GmbH (für Ruhrgas AG)	08.11.2022
23	Bundesamt für Infrastruktur und Dienstleistungen der Bundeswehr	25.10.2022
24a	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH	21.11.2022
25	Exxon Mobil Production Deutschland GmbH	21.10.2022
26	Nowega GmbH (für Erdgas Münster GmbH)	18.10.2022
27	Neptune Energy Deutschland GmbH	28.10.2022
30	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr	27.10.2022
32	Amprion GmbH	21.10.2022
35	Gasunie Deutschland Transport Services GmbH	20.10.2022

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben Anregungen vorgebracht:

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
1. Landkreis Emsland: Schreiben vom 24.11.2022	
Zum Entwurf der o.g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:	Die Stellungnahme des Landkreises Emsland wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Städtebau Grundsätzlich müssen auch in Verfahren nach § 13b BauGB die ergänzenden Vorschriften zum Umweltschutz nach § 1a Baugesetzbuch (BauGB) in der Begründung Berücksichtigung finden. Diese Angaben fehlen bisher und sind zu ergänzen.</p> <p>Klimaschutz Der Landkreis Emsland gewährt den kreisangehörigen Kommunen einen Kreiszuschuss</p> <ul style="list-style-type: none"> • zur Erstellung von Machbarkeitsstudien für Energiekonzepte zur Wärmeversorgung von Bestandsquartieren und Neubaugebieten, insbesondere Wohnen und Gewerbe sowie • zu einer Initialberatung „Energetische Quartiersentwicklung“. <p>Informationen hierzu sind zu finden unter folgendem Link: https://www.klimaschutz—emsland.de/klimaschutz_in_kommunaler_verantwortung/klimaschutz_im_landkreis_emsland/klimaschutz_im_landkreis_emsland.html unter dem Punkt „Kreiseigene Förderung für Planung zur Wärmenutzung“. Für Fragen steht Herr Pengemann unter der Telefonnummer 05931 44-1325 zur Verfügung.</p> <p>Denkmalpflege In dem gekennzeichneten Bereich sind derzeit keine Bau- oder Bodendenkmale im Sinne des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) ausgewiesen. Inwieweit archäologische Fundstücke/Bodendenkmale im Boden verborgen sind, kann im Voraus nicht geklärt werden. Aus diesem Grunde bitte ich folgende Hinweise auf die gesetzlichen Vorschriften in die Planunterlagen aufzunehmen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, sind diese unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde, der Gemeinde oder einem Beauftragten für die archäologische Denkmalpflege anzuzeigen (§ 14 Abs. 1 NDSchG). 	<p>Städtebau Die ergänzenden Vorschriften zum Umweltschutz nach § 1a Baugesetzbuch (BauGB) werden in der Begründung ergänzt.</p> <p>Klimaschutz Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Denkmalpflege Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und in die Begründung sowie den Bebauungsplan übernommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>2. Bodenfunde und Fundstellen sind bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet (§ 14 Abs. 2 NDSchG).</p> <p>Tel.-Nr. der Unteren Denkmalschutzbehörde: (05931) 6605 oder (05931) 44-2173.</p> <p>Abfallwirtschaft Die textlichen Festsetzungen sowie die Begründung sind wie folgt zu ergänzen:</p> <p>"Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie den jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland. Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist der Landkreis Emsland."</p> <p>Zu den Planungsunterlagen wird folgender Hinweis gegeben:</p> <p>Die Zufahrt zu Abfallbehälterstandplätzen ist nach den geltenden Arbeitsschutzvorschriften so anzulegen, dass ein Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen nicht erforderlich ist.</p> <p>Die Befahrbarkeit des Plangebietes mit 3-achsigen Abfallsammelfahrzeugen ist durch ausreichend bemessene Straßen und geeignete Wendeanlagen gemäß den Anforderungen der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt in der aktuellen Fassung Ausgabe 2006) zu gewährleisten. An Abfuhrtagen muss die zum Wenden benötigte Fläche der Wendeanlage von ruhendem Verkehr freigehalten werden. Das geplante Rückwärtsfahren und das Befahren von Stichstraßen ohne Wendemöglichkeit ist für Entsorgungsfahrzeuge bei der Sammelfahrt nicht zulässig.</p> <p>Am Ende von Stichstraßen (Sackgassen) sollen in der Regel geeignete Wendeanlagen eingerichtet werden. Sofern in Einzelfällen nicht ausreichend dimensionierte Wendeanlagen angelegt werden können, müssen die Anlieger der entsprechenden Stichstraßen ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Sammelfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitstellen. Dabei ist zu beachten, dass geeignete</p>	<p>Abfallwirtschaft Der Absatz wird als Hinweis in der Begründung sowie den Planteil aufgenommen. Er kann nicht als textliche Festsetzung aufgenommen werden, da er nicht im Regelungskatalog des § 9 BauGB zu den Inhalten des Bebauungsplanes enthalten ist bzw. einen dieser Punkte zugeordnet werden kann.</p> <p>Die Zufahrt zu Abfallbehälterstandplätzen wird nach den geltenden Arbeitsschutzvorschriften so anzulegen, dass ein Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen nicht erforderlich wird.</p> <p>Hierzu wird eine ausreichend dimensionierte Wendeanlage am Ende der Planstraße (Verlängerung der Gemeindestraße „Rietheweg“) festgesetzt.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Stellflächen für Abfallbehälter an den ordnungsgemäß zu befahrenden Straßen eingerichtet werden und dass die Entfernungen zwischen den jeweils betroffenen Grundstücken und den Abfallbehälterstandplätzen ein vertretbares Maß (i. d. R. ≤ 80 m) nicht überschreiten.</p>	
6. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG): Schreiben vom 26.10.2022	
<p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p>Hinweise Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen / -untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>Ob im Vorhabensgebiet eine Erlaubnis gem. § 7 BBergG oder eine Bewilligung gem. § 8 BBergG erteilt und/oder ein Bergwerkseigentum gem. §§ 9 und 149 BBergG verliehen bzw. aufrecht erhalten wurde, können Sie dem NIBIS-Kartenserver entnehmen. Wir bitten Sie, den dort genannten Berechtigungsinhaber ggf. am Verfahren zu beteiligen. Rückfragen zu diesem Thema richten Sie bitte direkt an markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de.</p> <p>Informationen über möglicherweise vorhandene Salzabbaugerechtigkeiten finden Sie unter www.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte_Rechte.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als</p>	<p>Die Stellungnahme des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Der NIBIS-Kartenserver wird mit Blick auf die Themenbereiche Boden, Geologie, Altlasten, Bohrungen und Hydrologie gesichtet. Ergänzend werden Hinweise zum Umgang mit Boden aufgenommen.</p> <p>Nach Sichtung des NIBIS-Kartenserver haben sich keine weiteren Hinweise ergeben, die im Rahmen dieser Bauleitplanung zu berücksichtigen sind. Auch mit Blick auf angrenzende Bebauungspläne ließen sich keine Wirkungen mit den aufgeführten Punkten herleiten.</p> <p>Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	
8. Landwirtschaftskammer Niedersachsen: Schreiben vom 25.11.2022	
<p>Unter Beteiligung des Forstamtes Weser-Ems der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in Osnabrück nehmen wir zu der o.a. Planung aus landwirtschaftlicher und forstlicher Sicht wie folgt Stellung.</p> <p>Landwirtschaft: Das o. g. Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 98 „Zwischen Königsstraße und Am Birkenwald“ im Ortsteil Osterbrock zur Größe von ca. 6 500 m² mit der zukünftigen Nutzung als „Allgemeines Wohngebiet“ liegt innerhalb von Immissionsradien landwirtschaftlicher Betriebe. Die Entwicklung der einzelnen Betriebe wird durch die o.g. Planung nicht weiter beeinträchtigt, da die vorhandene Wohnbebauung diese bereits einschränkt.</p> <p>Aus landwirtschaftlicher Sicht bestehen somit Bedenken gegen die o.a. Planung.</p> <p>Forstwirtschaft: Es bestehen aus forstlicher Sicht keine Bedenken gegen oben genanntes Vorhaben. Wir empfehlen allerdings einen Sicherheitsabstand von mindestens einer durchschnittlichen Baumlänge (30 m) zum im Westen angrenzenden Waldbestand einzuhalten.</p>	<p>Die Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Meppen wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Gemäß dem Geruchstechnischer Bericht Nr. G20266.1/01 (FIDES 2020) zum Bebauungsplan Nr. 95 „Am Haarweg“ weist es im Ergebnis für den Geltungsbereich dieser Bauleitplanung nur eine Gesamtbelastung an Geruchsimmissionen von maximal 4 % der Jahresstunden aus. Somit können erhebliche Beeinträchtigungen durch diese Bauleitplanung auf die angrenzenden landwirtschaftlichen Betriebe ausgeschlossen werden.</p> <p>Vom westlich angrenzenden Waldbestand sind im Zuge der Realisierung des westlich angrenzenden Baugebietes (Bau einer Kinderkrippe) nur noch eine Baumreihe und einzelne Überhälter angrenzend zum Geltungsbereich dieser Bauleitplanung erhalten geblieben. Im Bebauungsplan Nr. 96 ist dieser Bereich als Grünfläche festgesetzt. Daher wird die Baugrenze auf 3,0 m zur westlichen Flurstückgrenze festgesetzt.</p>
11. Westnetz GmbH: Schreiben vom 21.10.2022	
<p>Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 18.10.2022 und teilen Ihnen mit, dass wir den o.g. Bebauungsplanentwurf in Bezug auf unsere Versorgungseinrichtungen durchgesehen haben. Gegen die Verwirklichung bestehen unsererseits keine Bedenken, wenn die nachfolgenden Ausführungen beachtet werden.</p>	<p>Die Stellungnahme der Westnetz GmbH wird zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Erschließungsplanung beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Zur Versorgung des Baugebietes mit elektrischer Energie Gas wird der Ausbau entsprechender Versorgungseinrichtungen erforderlich. Der Umfang derselben ist von uns zurzeit noch nicht zu übersehen. Mindestens acht Wochen vor Beginn der Erschließungsmaßnahmen in diesem Baugebiet bitten wir um eine entsprechende Mitteilung an unsere Netzplanung (Hr. Fehnker, T +49 5931 88559 3720), damit wir das Versorgungsnetz planen und entsprechend disponieren können.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Erschließungsträger wird darauf hingewiesen, der Westnetz GmbH den Beginn der Erschließungsmaßnahmen mindestens 8 Wochen im Voraus anzuzeigen. vor Beginn</p>
<p>Wir weisen darauf hin, dass bei der Aufstellung des Bebauungsplanes geeignete und ausreichende Trassen von mindestens 2,0 m Breite für die Versorgungsleitungen im öffentlichen Seitenraum zur Verfügung stehen müssen. Die Gesamtbreite setzt sich zusammen aus einer benötigten Rohrgrabenbreite von bis zu 1,2 m und den Mindestabständen zur Endausbaustrake und den Grundstücksgrenzen von Jeweils mindestens 0,3 m. Diese Trassen sind von Bepflanzungen, Regenwassermulden, Rigolensystemen und von Versickerungsschächten freizuhalten, um eine ausreichende Rohrüberdeckung und Betriebssicherheit der Versorgungsleitungen zu gewährleisten. Falls bei Erschließung dieses Baugebietes auch eine Erweiterung der Straßenbeleuchtung gewünscht wird, bitten wir Sie, uns rechtzeitig darüber zu informieren, damit die Arbeiten für die allgemeine öffentliche Versorgung und für die Straßenbeleuchtung in einem Arbeitsgang durchgeführt werden können.</p>	<p>Die Ausführungen wurden in die Begründung übernommen.</p>
<p>Die ungefähre Trasse der im angrenzenden Bereich des Plangebietes verlaufenden Versorgungseinrichtungen entnehmen Sie bitte den Auszügen aus unserem Planwerk (Netzdaten Strom, Gas).</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Vorsorglich machen wir darauf aufmerksam, dass alle Arbeiten in der Nähe unserer Versorgungseinrichtungen mit besonderer Sorgfalt auszuführen sind, da bei Annäherung bzw. deren Beschädigung Lebensgefahr besteht. Bei eventuellen Tiefbauarbeiten ist auf die vorhandenen Versorgungsleitungen Rücksicht zu nehmen, damit Schäden und Unfälle vermieden werden. Schachtarbeiten in der Nähe unserer Versorgungseinrichtungen sind von Hand auszuführen. Wir übernehmen keinerlei Haftung für irgendwelche Schaden oder Unfälle, die mit den durchzuführenden Maßnahmen in Verbindung stehen. Im Bereich unserer erdverlegten Versorgungseinrichtungen sind nur flachwurzeln Gehölze zu lässig. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf das Merkblatt DVGW GW 125 "Bäume,</p>	<p>Die Hinweise werden in die Begründung übernommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>unterirdische Leitungen und Kanäle". Eine Nichtbeachtung kann zu Schäden an unseren Versorgungseinrichtungen mit erheblichen Sicherheitsrisiken führen.</p> <p>Zum Schutz von eventuell geplanten Bäumen und unseren Versorgungsleitungen ist es unbedingt notwendig, dass die genauen Baumstandorte mit unserem Netzbezirk Meppen (Tel. +49 5931/88559 3760) abgestimmt werden. Vorhandene Leitungstrassen sind grundsätzlich von Baumpflanzungen freizuhalten. Wir gehen davon aus, dass das betroffene Gebiet im Zuge des Bauleitplanverfahrens auf Kampfmittelfreiheit geprüft wird und bitten um Mitteilung, wenn im Bereich des Plangebietes Kampfmittelvorkommen bekannt sind. Sollten wir diesbezüglich bis zum Baubeginn keine Rückinformation erhalten, gehen wir davon aus, dass im Plangebiet keine Belastungen diesbezüglich vorliegen.</p>	<p>Die Ausführungen werden in die Begründung übernommen.</p> <p>Eine Mitteilung erfolgt im Zuge der Vorbereitung der Erschließungsplanung.</p>
24b. Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH (S01213978): Schreiben vom 21.11.2022	
<p>Eine Ausbauentcheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung:</p> <p>Vodafone GmbH Vodafone Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 10449 Nürnberg Neubaugebiete.de@vodafone.com</p> <p>Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei</p>	<p>Die Stellungnahme der Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH wird zur Kenntnis genommen und bei Bedarf im Rahmen der Erschließungsplanung berücksichtigt.</p>
29. Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln – Hannover (Dezernat 5 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)): Schreiben vom 11.11.2022	
<p>Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor:</p>	<p>Die Stellungnahme des KBD wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Der Vorhabenträger hat eine Luftbildauswertung für die Fläche A dieser Bauleitplanung beauftragen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
<p>Empfehlung: Luftbilddauswertung</p> <p><u>Fläche A</u> <i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nichtvoll ständig ausgewertet. <i>Luftbilddauswertung:</i> Es wurde keine Luftbilddauswertung durchgeführt. <i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt <i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt <i>Belastung:</i> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel</p> <p>Empfehlung: kein Handlungsbedarf</p> <p><u>Fläche B</u> <i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet. <i>Luftbilddauswertung:</i> Nach durchgeführter Luftbilddauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet. <i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt <i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt <i>Belastung:</i> Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt</p> <p>Hinweise: Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfauste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.</p> <p>In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.</p>	<p>In der Begründung sowie in Form eines Hinweises auf dem Planteil wird auf den beschriebenen Sachverhalt hingewiesen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 1 BauGB	Abwägung
Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.	
xx. Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN): Schreiben vom 17.11.2022	
<p>Anlagen, Grundstücke und Messstellen des NLWKN sind durch die Planungen nicht betroffen.</p> <p>Die Stellungnahme als TÖB ersetzt nicht die Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) gemäß RdErl. d. MU vom 06.03.2018 zu § 29 NWG. Ich gehe davon aus, dass die wasserwirtschaftlichen Belange von der Unteren Wasserbehörde (UWB) geprüft werden und der GLD ggf. beteiligt wird. Bei einer Beteiligung des GLD sind gem. Abschnitt 4 des vorgenannten RdErl. dem GLD dafür erforderlichen Unterlagen mit einer ausführlichen Begründung der aus Sicht der beteiligten Stelle zu erwartenden wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zuzuleiten. (Zuständige Ansprechpartnerin: Heidrun Lucas, Tel. 05931/406-150, E-Mail: heidrun.lucas@nlwkn.niedersachsen.de, Poststelle: mep@nlwkn.niedersachsen.de)</p> <p>Weitere Betroffenheit besteht in folgendem Punkt:</p> <p>Das Vorhaben liegt im Trinkwassergewinnungsgebiet Geeste-Varloh. Dies ist bei den dort anzusiedelnden Flächennutzern zu berücksichtigen. Entsprechende vorbeugende Schutz-/Vorsichtsmaßnahmen zum Grundwasserschutz sind zu beachten.</p> <p>Von der Entscheidung erbitte ich eine Ausfertigung für unsere Akten.</p>	<p>Die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Landkreis Emsland wurde im Rahmen der Trägerbeteiligung beteiligt.</p> <p>Die Ausführungen werden in die Begründung sowie als Hinweis in den Planteil aufgenommen</p> <p>Das NLWKN erhält nach Satzungsbeschluss eine Ausfertigung des Bebauungsplanes.</p>